

# Artikel Eins

Die Würde des Menschen ist unantastbar

**Sonderausgabe zur  
Herbstdemo 2007**

Die unabhängige Kleinzeitung  
Spendenempfehlung ab 50 Cent

Nachrichten - Kommentare - Rechtsinformationen - Analysen

**„Wir sind hier, wir sind laut,  
weil man uns die Knete klaut!“**



Von Dieter Ilius

Das riefen tausende **Beschäftigte** aus dem **öffentlichen Dienst** Berlins heute auf der **Demonstration** vom Roten Rathaus zum Amtssitz des Innensenators Ehrhart Körting. Die Gewerkschaften **Verdi, GEW** und **GdP** hatten aus Anlass der an diesem Tage stattfindenden erneuten **Tarifverhandlungen** 60.000 Beschäftigte zum **Warnstreik** aufgerufen. Selbstbewusst setzten sich viele Kolleginnen und Kollegen über die **Provokation** des **Innensenators** hinweg, der über die Presse verbreiten ließ, dass solche Warnstreiks aufgrund des 2003 zwischen dem Senat und Verdi abgeschlossenen „Solidarpakts“ rechtswidrig seien.

Ca. **8.000 Arbeiter** und **Angestellte**, darunter viele Erzieherinnen und Polizisten in Uniform, aber auch Müllwerker, Feuerwehrleute, Lehrer, einzelne Beamte und zahlreiche andere Berufsgruppen beteiligten sich. Verschiedene Gewerkschaftsgruppen hatten **eigene Transparente** und **Plakate** angefertigt, unter anderem mit der Losung „1,2,3 und 4, Tarifverträge brauchen wir. 5,6,7,8 - dem Senat wird Dampf gemacht“.

Die Berliner **Montagsdemonstration** solidarisierte sich mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes durch die Teilnahme einer Delegation. Der Flyer mit dem **Aufruf** zur **bundesweiten**

kutiert wurde dabei die Frage des vollen gesetzlichen **Streikrechts**, wozu es unterschiedliche Meinungen gab. Nur einzelne Funktionäre reagierten mit anti-kommunistischen Vorbehalten.



**Demonstration** am **13.10.** gegen den Raubbau an den sozialen und demokratischen Rechten fand reißenden Absatz. Rund 1000 Exemplare wurden verteilt. Die von der MLPD heraus gegebene **„Rote Fahne“** mit dem Titelthema zur Zukunft der Gewerkschaften war bald ausverkauft. Besonders dis-

In zahlreichen Gesprächen brachten die Kolleginnen und Kollegen zum Ausdruck, dass sie nicht länger bereit sind, den drastischen **Reallohnabbau** von ca. 20 Prozent durch den so genannten „Solidarpakt“, die Verweigerung von Tarifierhöhungen, die allgemeinen **Preiserhöhungen** und die **Mehrwertsteuererhöhung** hinzunehmen und weiter zu verzichten. Beifall gab es für die Forderung eines Redners nach dem geschlossenen **Rücktritt** des **Senats** und die von ihm geäußerte **Kritik** an der **Linkspartei**, die sich auf bundespolitischer Ebene zwar solidarisch erklärt, als Regierungspartei im Berliner Senat sich jedoch nicht für die Belange der Beschäftigten im öffentlichen Dienst einsetzt.

Einige Kolleginnen und Kollegen nahmen selbst **Flugblätter** zum **13.10.** mit, um sie weiter zu verbreiten. Eine Kollegin meinte scherzhaft: „*Wir sind jetzt warmgelaufen, da können wir am 13.10. gleich weitermachen.*“

Bitte schicken Sie uns Ihre Meinungen und Kommentare. ([kontakt@artikel-eins.com](mailto:kontakt@artikel-eins.com))

lesen +++ weitergeben +++ lesen +++ weitergeben +++ lesen +++ weitergeben

# Die Linken brauchen eine Strategie. Fangt endlich an mit Politik!

Von Rainer Thiel (Im Auftrag der Redaktion von „Artikel Eins“)

Deutschland ist reich, doch die Armut wird größer. Noch schlimmer als Mangel an Münzen ist die Demütigung. Bist Du Hartz IV und hast eine Freundin, dann lass Dich nicht erwischen, sonst wird Dir der Bezug vom AA gekürzt. Und warum gehen die Ärmsten nicht mehr auf die Straße? Es waren doch mal so viele. Sie haben Angst, fotografiert zu werden. Sie haben Angst um ihre Angehörigen: „Mein Mann hat noch einen Job. Da kann ich mich nicht auf einer Demo sehen lassen.“ Das geht bis ins Absurdeste: „Mein Sohn hat seinen Job im Landratsamt, da kann ich nicht für eine Bürgerinitiative zur Kommunalwahl kandidieren.“

Wie wollen dann Volksparteien in Parlamenten arbeiten, wenn ihnen die Straße nicht powerful unter die Arme greift?

Die Linken meinen, sie vertreten soziale Interessen. Doch die meisten sorgen sich um Sitze in den Parlamenten. Und sind sie drin, dann sagen sie: Wir sind noch nicht genug, was sollen wir denn machen? Begrüßt man sie im Städtchen beim Einkauf und will mit ihnen ins Gespräch kommen, schauen sie auf die Uhr und sagen: „Meine Frau wartet mit dem Mittagessen.“

Immer weniger Bürger gehen zu den Wahlen. In Falkensee bei Berlin hatten an der vorletzten Bürgermeisterwahl im Jahre 01 noch 51 Prozent der Wahlberechtigten teilgenommen, bei der jüngsten Wahl im September 07 waren es noch 44 Prozent, und in vielen Städten liegen die Teilnehmerzahlen kaum noch über dreißig Prozent. Ist das denn Demokratie? Es ist nicht mal mehr parlamentarische Demokratie. Der Rechtsstaat bleibt auf der Strecke: Zu viele Menschen haben Rechtsprobleme, zu viele kennen sich im Recht nicht aus, zu viele können sich keinen Rechtsanwalt leisten, und trotzdem sind die Gerichte schon jetzt überlastet.

Da haben wir nun eine demokratische Verfassung, das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Opposition ist erlaubt, Demonstration ist erlaubt.

Demokratie ist erlaubt. Aber wo bleibt die Demokratie?

Parteilinke sagen seit Jahren, sie müssten sich den Bürgern zuwenden. Doch sie kommen immer noch nicht heraus aus ihren Büros. Und wo Bürger sich regen, kann es passieren, dass Linkspartei sie ausbremst. Besonders schlimm

tion ohne Geist. Dabei gilt dort traditionell der Vorsitzende als König. Hätte nicht der König sagen können: Genossen, jeder hat einen Zipfel der Wahrheit in der Hand, eben einen Zipfel nur. Machen wir aus der Not eine Tugend. Machen wir unsre Differenzen fruchtbar. Machen wir etwas Neues daraus. Lernen wir voneinander, Lernen wir



war das in Brandenburg. Gegen Schulschließungen hatten 106 000 Bürger in einer Unterschriftensammlung votiert, mit Name und Adresse und noch ohne Angst. Doch die PDS hat die Listen ins Aus gesteuert, sie wollte mit der SPD ins Bett. Die Bürger wurden, statt Selbstvertrauen zu stärken, tief gedemütigt. Das war der spektakulärste Tiefschlag, doch nicht der einzige. Ist das nicht Verzicht auf Opposition, die von der Verfassung her gefordert ist, damit wir demokratisch bleiben können? Ist das nicht Verzicht auf Demokratie?

Der rot-rote Senat von Berlin brachte zum Tag der Befreiung Wasserwerfer und Hundestaffeln in Stellung gegen Antifaschisten, die den Nazis den Marsch Richtung Brandenburger Tor verlegten. Erst als der Senat ein Blutbad zu befürchten begann – „was soll denn da das Ausland denken?“ (Es waren viele ausländische Gäste am Befreiungs-Tag in Berlin) – erst als der Senat um sein Renommee zu fürchten begann, ließ er die Neonazis vom Alexanderplatz hinwegschieben, nicht ohne sich zu rühmen, er sei es gewesen, der den Rechten Paroli geboten hat.

Wie hat diese Lahm-Armigkeit begonnen? Von Anfang an gab es in der größten Linkspartei, der PDS, zwei Strömungen: Verkürzt gesagt Realos und Fundis. Der Vorsitzende, ein liebenswerter Mensch, meinte aber nur: „Genossen, seid nett zueinander.“ Das war Integra-

endlich bei Marx, bis jetzt kannten wir nur Bruchstücke. Analysieren wir unsere Geschichte, aber gründlich. Dann können wir in zwei Jahren eine gemeinsame, zukunftsfähige Strategie haben, für die sich die Bürger interessieren.

So hätte die Lage vor zehn Jahren aussehen können. Doch nichts geschah. Inzwischen ist alles schlimmer geworden in der Bundesrepublik: Gemeldete plus verdeckte Arbeitslosigkeit bei zehn Millionen. Angst vor Arbeitslosigkeit bei ca. zwanzig Millionen. Und Millionen lassen sich noch mehr Arbeit und Dumping aufbrummen: „Lieber als Individuum Abstriche hinnehmen als Arbeitsplatz verlieren.“ Der Spalt zwischen Erwerbslosen und Jobbenden droht sich zu verfestigen. Ist das nicht das Allerschlimmste? Da hätten bei Linksparteien spätestens vor sechs Jahren die Alarmglocken schrillen müssen.

Vor sieben Jahren begannen einzelne Linke, der PDS strategische Vorschläge zu übergeben, zum Beispiel „Arbeit – Freizeit – Freiheit“, also allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, Arbeit für alle, und für Niedriglöhner Mindestlohn auf hohem Niveau. Wäre das nicht die Strategie, um die Erwerbslosigkeit zu überwinden, zum Nutzen aller Lohn- und Gehaltsabhängigen? Wäre das nicht die Strategie, um allen die Angst zu nehmen? Um alle zum Aufrechten Gang

(Fortsetzung auf Seite 3)

# Stoppt den Überwachungswahn

Von Birgit Kühn

„Freiheit wird nicht erbettelt, sondern erkämpft“, stand auf dem Fronttransparent. Über 15 000 Menschen nahmen an der Demonstration am 22.09.2007 gegen die geplante Vorratsdatenspeicherung aller Kommunikationsdaten teil. Ein breites Bündnis von ca. 55 Organisationen, darunter ATTAC, die Journalisten- und Ärzteverbände, der Chaos-Computer-Club, die evangelische Telefonseelsorge, die Gewerkschaft ver.di, die Linkspartei, der Bundesvorstand der Grünen und viele mehr haben zu dieser Demonstration aufgerufen. Einzelne Fahnen der FDP wurden auch gesehen.

„Meine Daten gehören mir“, schallte es durch die Straßen von Berlin. Viele hatten Plakate mit dem Schäuble-Porträt „Stasi 2.0“. Der gläserne Patient auf dem Wagen der Ärzteschaft, die Riesen-Datenkrake des FoeBuD e.V. (Verein zur Förderung des öffentlichen bewegten und unbewegten Datenverkehrs) und verschiedene Trojanische Pferde waren nicht zu übersehen. Einerseits unterstützte die Linkspartei die Proteste, andererseits hat sie dem Berliner Polizeigesetz zugestimmt. Dieses Gesetz sieht die massive Videobespitzelung im öffentlichen Raum vor.

Ein Kundgebungsredner vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung, Jurist Patrick Beyer, sagte: „Wir dürfen uns nicht aus Angst vor dem Tod selbst umbringen.“ Die Demokratie der gesamten Bevölkerung sei durch die Massenüberwachung gefährdet. Patrick Beyer kündigte weitere Aktionen an.

Rund 20 000 Bürger/innen haben sich schon bereit erklärt, die vorbereitete Verfassungsbeschwerde gegen die Vorratsdatenspeicherung zu unterstützen.

Einen massiven Angriff auf die Pressefreiheit sehen die Journalisten, wenn

der Polizei gehalten. Die Polizei wirkte nicht in allen Fällen deeskalierend und reagierte auf die Verstöße gegen das Vermummungsverbot und zu große Transparente. Mit dem Einsatz von Videokameras durch die Polizei schürte sie Gedanken an Provokationen. Aber



Quelle: <http://ptrace.fefe.de/demo-bilder/>

künftig alle Handy-Bewegungsdaten, E-Mails, Anrufe und Faxe erfasst werden. Es gibt dann keine Möglichkeit mehr, vertraulich mit den Journalisten in Kontakt zu treten. Für viele Demonstranten war auch der Paragraph 129a ein Thema. Durch diesen Paragraphen werden linke Aktivisten in die Terrorecke gestellt.

Ein linksradikaler Block der Demonstranten hatte sich nicht an die Auflagen

im Großen und Ganzen war es eine friedliche und bunte Demonstration.

Der Datenschutzbeauftragte von Schleswig-Holstein Thilo Weichert sagte, seit der Volkszählung 1987 sei dies die größte Demonstration für Bürgerrechte und Datenschutz gewesen. Die Veranstalter rechneten nur mit 3000 Teilnehmern, aber dann kamen 15 000 Menschen.

## Die Linken brauchen ...

(Fortsetzung von Seite 2)

zu ermutigen? Zum Aufrechten Gang, den wir brauchen, wenn wir Demokratie und sozialen Fortschritt wollen? Wäre Aufrechter Gang nicht überhaupt das höchste Ziel für alle Zukunft? Für Sozialstaat wie für Sozialismus? Wäre das nicht der Kern aller Strategie?

Anregungen zum kreativen Denken wurden der PDS in Fülle zugeleitet. Doch sie geht der Diskussion aus dem

Weg. Eine Strategie zur Überwindung der Erwerbslosigkeit und der Angst hat sie immer noch nicht, so greifbar nahe auch die Strategie vor Augen liegt. Was will die Linke dann? Alles ohne die Bürger? Und wenn sie in Regierungen einzieht: Dort wird sie Untertan der Koalitionspartner, wenn sie nicht von Aufrecht gehenden Massen unterstützt wird, auch von der Straße her, wie es das Grundgesetz ermöglicht.

Und wenn die Protest-Wähler merken, dass sie sich in der Partei getäuscht haben: Was dann?

Müsste die Linkspartei nicht längst den Lohn- und Gehaltsabhängigen gesagt haben: Wenn Euch das Wasser bis zum Halse steht, dann beginnt Ihr zu kämpfen, in Eurer Umgebung, in Eurem Unternehmen. Meist werdet Ihr einzeln abgefertigt. Also weg mit den Hürden, die Euch an Solidarität mit Euregleichen hindern. Freie Bahn für Generalstreik in allen Konzernen, für politischen Streik. So bündelt Ihr Eure Kräfte. Schluss mit Lohn-Dumping Arbeitsplätze, Freizeit und Freiheit für alle. Dann könnt Ihr Euch retten, Euch selber, Eure Familien und die Demokratie.

Schon das Wort Hartz IV versetzt viele Bürger in Angst und Schrecken. Die Almosen, die beim Amt erbettelt werden müssen, reichen nicht zum Leben. Aber Androhungen von Sanktionen reichen, um einige Bürger mundtot zu machen. Da werden sinnlose Ein - Euro Jobs vermittelt. Die

gezählt, Kühlschränke geprüft und vieles mehr. Man fragt sich: Wann kommen Videokameras in Schlaf- oder Badezimmer? Die Kontoauszüge werden von wildfremden Menschen durchgeschnuffelt. Der Bürger muss Rechenschaft ablegen über seine eigenen Kontobewegungen.

Das und vieles mehr bedeutet Hartz IV. Damit hat die Regierung ein Gesetz geschaffen, auf ganz legale Weise die Arbeitslosen gefügig zu machen. Das bedeutet aber noch mehr. Deutschland hat dadurch einen Überwachungsstaat, wie wir ihn noch nie erlebt haben. Unschuldige wurden so Millionen von Menschen in den offenen Strafvollzug geschickt. Aber jeder Schwerverbrecher hat irgendwann seine Strafe abgebußt. Viele werden sterben, ohne Hartz IV jemals verlassen zu haben.

Diese Diffamierungen und Betteleien können doch niemand gefallen. Warum gehen die Bürger nicht auf die Straße? Einige sind der Meinung, wir können ja sowieso nichts ändern. Aber der größte Teil hat Angst, aktiv bei den Bürgerbewegungen mit zu arbeiten. Immer wieder hört man, mein Sohn hat noch Arbeit. Ich möchte nicht, dass er diese durch meine Aktivitäten verliert. Viele Bürger haben Angst vor der Presse, es könnte ja ein Bild in der Zeitung oder Fernsehen erscheinen.

Aber genau das bezweckt die Regierung. Sie spaltet die Arbeitnehmer und Arbeitslosen und schürt ganz bewusst Angst unter der Bevölkerung. Die Schikanen der Behörden kann man aber nur bekämpfen, in dem man sich dagegen wehrt. Je mehr man sich wehrt, desto weniger ist man Schikanen ausgesetzt. Ich spreche aus Erfahrung: Wir von den sozialen Bewegungen werden viel weniger schikaniert, weil wir die Missstände aufdecken.

Wir alle können nur der Regierung und den Ämtern richtig einheizen, wenn wir uns einig sind. Was kann die Regierung schon gegen unsere Proteste unternehmen, gar nichts. Aber wir können etwas gegen die menschenfeindliche Politik unternehmen, wenn wir unsere geballte Wut und Empörung auf die Straße tragen.



## Warum haben viele Menschen Angst vor dem Amt?

Von Birgit Kühn

Bürger wissen das und können diese Jobs trotzdem nicht ablehnen, denn hohe Sanktionen erwarten sie als Strafe.

Den ALG II-Empfängern wird vorsätzlich die Menschenwürde geraubt. Da werden Hausdurchsuchungen durchgeführt, Schränke geöffnet, Zahnbürsten

Da werden Eingliederungsvereinbarungen mit hohen Auflagen erteilt. Der Arbeitslose hat nur die Wahl: Er unterschreibt oder erhält kein Geld. Für jedes bisschen muss der Hartz IV-Betroffene betteln, um Erlaubnis fragen oder Anträge stellen. Diese Anträge werden in vielen Fällen sowieso abgelehnt.

### Leserbriefe, Artikel und Beiträge sind ausdrücklich erwünscht.

**Die Redaktion:** Ottokar Luhn (V. i. S. d. P.) Bendastraße 17, 99867 Gotha, gotha@offenesbuendnis.de  
Birgit Kühn (Angermünde), Klaus Buschendorf (Erfurt), Rainer Thiel (Storkow),  
Uwe Birkner (Görlitz)

### online - Ausgabe

Die Zeitung und alle Artikel stehen unter

<http://www.artikel-eins.com>



zur Verfügung.

### Redaktionsarbeit und alle Beiträge ohne Honorar.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen sind ihr vorbehalten. \* Bei diesen Beiträgen möchte der Autor nicht genannt werden. Die Identität ist der Redaktion bekannt.

**Kontakt:**

[kontakt@artikel-eins.com](mailto:kontakt@artikel-eins.com)

**Druck:**

**Selbstdruck**

**Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:**

**25.10.2007**